



Medienmitteilung der EVP Aargau zur Anhörung Gesundheitspolitische Gesamtplanung 2030

EVP will eine menschenorientierte Gesundheitsplanung

Die EVP erklärt sich mit der übergeordneten Strategie der Gesundheitspolitischen Gesamtplanung grundsätzlich einverstanden. Sie will jedoch das bedarfsgerechte, integrierte, digital vernetzte, qualitativ hochstehende und finanzierbare Gesundheitswesen am Wohl der Patientinnen und Patienten ausgerichtet wissen. Sie fordert deshalb nicht nur ein möglichst optimales Gesundheitsangebot, sondern eine explizite Patientenorientierung über den gesamten Behandlungspfad.

Die EVP äussert sich kritisch zu den Massnahmen gegen das Kostenwachstum: Generell können Kosten nur gesenkt werden, wenn die Menge beschränkt oder die Qualität reduziert wird. Die EVP möchte keine weitere Verwaltungsakte, um die Wirtschaftlichkeit einzelner Behandlungen zu definieren. Sie geht davon aus, dass es immer noch Sache der medizinischen Fachperson ist, die Diagnose zu stellen und die entsprechenden Therapien im Gespräch mit der Patientin oder dem Patienten zu verordnen. Die steigenden Gesundheitskosten sind gemäss EVP auf bessere medizinische Möglichkeiten und eine höhere Lebenserwartung sowie auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Grundsätzlich haben sich viele Behandlungen verbessert und verkürzt, woraus eine angenehmere Lebensqualität resultiert. Davon profitieren nicht nur Patientinnen und Patienten, sondern auch ihr Umfeld und ihr Arbeitgeber. Die EVP fordert deshalb einen ehrlicheren Umgang mit dem Kostenwachstum.

Die Gesundheitsförderung und Prävention ist für die EVP wichtig. Sie soll nicht nur auf alle Lebensabschnitte ausgerichtet werden, sondern auch alle Bevölkerungsschichten wie Migranten, bildungsferne Personen usw. ansprechen.

Die EVP fordert eine Befähigung der Patientinnen und Patienten in Gesundheitsfragen. Sie geht davon aus, dass sich niemand aus Lust auf ein medizinisches „Abenteuer“ in Spitalpflege begibt. Immer noch zu viele Behandlungen enden jedoch in einem medizinischen „Abenteuer“, weil viele Bürgerinnen und Bürger nicht befähigt sind, mit gesundheitlichen Fragestellungen umzugehen. Zu oft werden sie zu Operationen motiviert, die nicht viel bringen oder schlucken übertriebene Präparate, weil sie so verschrieben wurden. Der kritische und realistische Umgang mit Diagnosen, Therapieplanungen und Rezepten (Steigerung der Marktanteile von Generika im Vergleich zu Originalpräparaten) müsste permanent gelehrt werden, um die Kosten in einem marktwirtschaftlich orientierten Gesundheitswesen zu senken.

Die unterschiedliche Finanzierung der Pflegerestkosten und der Spitalkosten durch Gemeinde und Kanton birgt Fehlanreize in sich. Die bisherige Rollenverteilung hat im Behandlungsprozess zu Leerläufen, Drehtüreffekten usw. geführt. Die EVP wünscht sich deshalb eine Finanzierung aus einer Hand.

Die Förderung der Fachkräfte ist unabdingbar. Hierzu gehören Massnahmen, welche die Verweildauer der Gesundheitsfachpersonen im Betrieb und der Berufswelt erhöhen sowie den Wiedereinstieg fördern. Ebenfalls sind die Aus- und Weiterbildung auszubauen. Trotz der Ausbildungsverpflichtung hinkt die Bildungsinfrastruktur im Gesundheitswesen im Kanton Aargau den Bedürfnissen hinterher. Ein Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe, wie das andere Kantone anbieten, wäre der Grösse des Kantons angemessen. An der FHNW fehlen zudem Studienangebote für Pflege, Physiotherapie usw.

In der Spital- und Notfallversorgung wird ein umfassendes Rehabilitationsangebot mit interkantonaler Ausstrahlung positioniert. In diesem Zusammenhang sollte es ein Leichtes sein, auch die psychiatrische und psychosomatische Versorgung im Aargau zu stärken. Die EVP fordert deshalb einen innerkantonalen Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Die Notfallversorgung neu zu definieren und auszurichten wird von der EVP befürwortet. Sie will jedoch die Vorhalteleistungen der aufzubauenden Notfallzentren vollständig abgegolten wissen.

Nach wie vor will die EVP keine Teilveräusserung der eigenen Spitäler. Sie verändere die oft kritisierte Mehrfachrolle des Kantons nicht, sondern schaffe neue Abhängigkeiten und Herausforderungen. Sie sollte ohne Not nicht vorgenommen werden.

Für Auskünfte:

Therese Dietiker, Co-Präsidentin EVP Aargau, Aarau, Tel. 077 411 68 03